

OSTERHOLZER KREISBLATT

TAGESZEITUNG FÜR OSTERHOLZ-SCHARMBECK · RITTERHUDE
HAGEN · HAMBERGEN · BEVERSTEDT · GNARRENBURG

FREITAG, 10. JULI 2020 | NR. 159 | REGIONALAUSGABE

Konflikte über die Kita-Kosten

Wegen Beitragsfreiheit: Kreisverwaltung ringt mit klammen Kommunen – Abgeordnete wollen Land verklagen

VON BERNHARD KOMESKER

Landkreis Osterholz. Der Landkreis Osterholz erwägt, die Finanzierung der Kindertagesstätten auf andere Beine zu stellen. Grund ist die Abschaffung der Elterngebühren im Ü3-Bereich. Seit 2018 kommen die Gemeinden mit dem Geld hinten und vorne nicht aus; sowohl die Landesbeihilfen als auch die erhöhten Zuschüsse des Landkreises reichen nicht aus, die weggebrochenen Einnahmen zu kompensieren. „Wir sind einer der wenigen Landkreise in Niedersachsen, wo das flächendeckend der Fall ist“, sagte die Sozialdezernentin Heike Schumacher jetzt im Jugendhilfeausschuss des Kreistags. Politik und Verwaltung berieten dort über mögliche Auswege, denn schon wieder hat die Stadt Osterholz-Scharmbeck zum Jahresende die Jugendhilfevereinbarung gekündigt.

Sie regelt unter anderem die Platzpauschale, die den Kommunen vom Landkreis als Betriebskostenzuschuss gewährt wird. Bis Ende 2016 lag sie bei 500 Euro, seit diesem Jahr sind es bereits 1590 Euro. Die Kreisverwaltung hat sich daher nun einen Prüfauftrag von der Politik geben lassen. Geprüft werden sollen die organisatorischen und finanziellen Folgen einer sogenannten Selbstwahrnehmung der Kita-Aufgaben durch den Landkreis, falls eine Kommune wie jetzt die Stadt ausschert.

Die Abgeordneten ziehen darüber hinaus auch eine Klage gegen das Land Niedersachsen in Betracht. Denn aus Sicht des Jugendhilfeausschusses hat Hannover mit der Abschaffung der Elterngebühren den Kommunen die Suppe eingebrockt. Auf Antrag der CDU soll die Verwaltung nun schriftlich darlegen, welche Möglichkeiten und Chancen der Rechtsweg bietet. Nach Einschätzung der Christdemokratin Brunhilde Rühl handelt es sich um einen Verstoß gegen das Konnexitätsprinzip, wonach eigentlich derjenige die Musik bezahlen soll, der sie bestellt hat.

Keil in der kommunalen Ebene

Die Grüne Christina Klene sah das ähnlich und verwies auf ein Gutachten, das die niedersächsische Arbeitsgemeinschaft kommunaler Spitzenverbände bei der Potsdamer Kanzlei Dombert hat erstellen lassen. Demnach können die Kommunen ihre Ansprüche nur gegenüber dem Landkreis geltend machen, sodass ein Keil in die kommunale Ebene getrieben wird. Die Grünen wollen sich aufschlüsseln lassen, wie hoch die Einnahmeausfälle in den einzelnen Kommunen sind.

Die Zahl der Kinder zwischen drei und sechs hatte die Verwaltung den Abgeordneten bereits vorgelegt. Kreisweit sind es 3366 (Stichtag 31. Januar 2020): Stadt Osterholz-Scharmbeck 886 Kinder, Samtgemeinde Hambergen 304, Gemeinde Schwanevede 622, Gemeinde Ritterhude 441, Gemeinde Lilienthal 648, Gemeinde Worswede 263, Gemeinde Grasberg 202. Hinzu kommen kreisweit 570 Sechsjährige, die vor der Kita-Entlassung stehen.

Heike Schumacher sagte auf die Nachfrage der Grünen, die Belastungen durch die Beitragsfreiheit seien in den Rathäusern sehr unterschiedlich. Kreisweit summieren sich die weggefallenen Gebühren-Einnahmen für die Kommunen auf schätzungsweise 2,2 bis 2,5 Millionen Euro. Der Landkreis überweist die



Die Beitragsfreiheit in den Kitas sorgt für Finanzierungsprobleme und Konflikte auf der kommunalen Ebene.

FOTO: UWE ZUCCHI/DPA

Platzpauschale auch für Krippen und Horte sowie für die Kita-Plätze der Sechsjährigen bis zur Einschulung; hinzu kommt ein Bonus für verkleinerte Integrationsgruppen sowie eine jährliche Anpassung an die Tarifsteigerungen. Laut Verwaltung handelt es sich um einen jährlichen Gesamtzuschuss von inzwischen mehr als acht Millionen Euro - der mit Abstand dickste Brocken im Jugendhilfebereich ist damit inzwischen gut sechsmal so groß wie im Jahr 2016.

Und ein Ende der Entwicklung ist nicht abzusehen, zumal die meisten Kommunen gezwungen bleiben, wegen der Nachfrage weitere Plätze zu schaffen. Daher die Überlegung, die Zuständigkeit zu übernehmen, wenn eine Kommune die Vereinbarung kündigen sollte. Aus Sicht der Abgeordneten wird das Problem der Kita-Finanzierung damit nicht ursächlich angegangen, sondern die Kommunen unter Einigungsdruck gesetzt. So erklärte Bernd Rügen (Linke), in den Gemeindeführer die Beunruhigung, was die Verlagerung der Zuständigkeit denn bringen sollte.

„Natürlich sind wir auf das Know-how der Kommunen angewiesen und wollen dann auch darauf zurückgreifen“, erwiderte Schumacher. Vertiefende Gespräche mit zwei Kommunen habe es bereits gegeben. Rügen

drängte, im Fall der Fälle müsse der Landkreis unbedingt die eigene Personaldecke ausreichen stärken. „Ich befürchte, dass das sonst zu dünn geplant wird.“

Der Landkreis verspreche sich von einer Klage wenig, sagte die Dezernentin weiter. „Wenn es anders wäre, hätten wir es längst getan.“ Augenscheinlich komme eine mindestens ebenso große Zahl an Kommunen in ganz Niedersachsen mit dem aufgelegten Härtefall zurecht, und damit gebe es einen landesweiten Ausgleich und dem Konnexitätsprinzip sei Genüge getan. „Es gibt mit der Beitragsfreiheit Gewinner und Verlierer unter den Kommunen, und die Verlierer haben eben Pech gehabt“, so Schumacher weiter. Gewinner seien diejenigen, die schon vor der Abschaffung der Gebühren durch das Land auf die Erhebung von Elternbeiträgen verzichtet hatten. Andererseits sei Osterholz auch nicht der einzige Landkreis, der unter diesem Aspekt ausschließlich aus Verlierer-Kommunen bestehe.

Die Dezernentin setzte hinzu, der Landkreis sei über die kommunalen Spitzenverbände weiter mit der Landesregierung im Gespräch, denn: „Wir sehen natürlich auch, dass unsere Gemeinden hier stark belastet sind.“ Sollte sich die von Rühl kritisierte Ungerechtigkeit

beheben lassen, so Schumachers Einschätzung, dann eher auf dem politischen als auf dem juristischen Wege. Zwei kommunale Verfahren gegen sogenannte Finanzhilfebescheide des Landes seien außerdem noch anhängig.

Isabell Harder aus Lilienthal hat während der Einwohnerfragestunde im Jugendhilfeausschuss kritisiert, das Angebot an Kita-Plätzen in der Wümme-Gemeinde sei zu knapp. Die Mutter einer dreijährigen Tochter befürchtet, mit vielen weiteren Eltern auf der Warteliste zu landen. Die Elterninitiative Familienhelfer erhöht bereits den Druck aufs Rathaus, doch konkrete Neubaupläne gibt es vorerst nicht. Wie berichtet, hatte die Kreisverwaltung dargelegt, dass in den meisten Kommunen des Landkreises die Kita-Plätze fehlen. Das habe auch mit Corona zu tun: Kinder, die erst in ein paar Wochen oder Monaten sechs werden, bleiben im Zweifel nun lieber noch ein Jahr länger in der Vorschuleinrichtung. Zum Problem der Baukosten, so die Sozialdezernentin Heike Schumacher, komme der Fachkräftemangel für den Betrieb. Es sei aber noch allerhand Bewegung in den Wartelisten, erfuh Harder. In ein, zwei Wochen, so die Lilienthaler SPD-Abgeordnete Andrea Vogelsang, sehe man klarer.

Riesenbärenklau: Stadt will weitere Ausbreitung verhindern

VON FRIEDRICH-WILHELM ARMBRUST

Osterholz-Scharmbeck. Der Riesenbärenklau ist hierzulande kein gern gesehener Gast. „Er ist ein Problem“, sagt Diplombiologin Jutta Kemmer von der Biologischen Station (BioS) über den Eindringling aus dem Kaukasus. Zunächst verdrängt er einheimische Pflanzen. Zum anderen ist der Saft der Pflanze hochgiftig. „Kommt die Haut damit in Berührung, verliert sie ihren natürlichen UV-Schutz. Scheint dann die Sonne auf die Haut, kommt es zu Verbrennungen zweiten oder sogar dritten Grades. Darum sollten Eltern und Erzieher aufpassen, dass spielende Kinder der Pflanze nicht zu nahe kommen“, rät BioS-Mitarbeiterin Kemmer. Neben der Verdrängung der heimischen Flora und Fauna und der gesundheitlichen Gefahr für den Menschen führen die als Herkulesstaude besser bekannten Neophyten auch Erosionsschäden an Gewässern herbei.

Entsprechend konsequent setzt sich die Stadt Osterholz-Scharmbeck gegen den Riesenbärenklau zur Wehr. „Der wird jetzt bekämpft“, sagt Frieder Lüße, Sachbearbeiter für Grünflächen und Naturschutz bei der Stadt Osterholz-Scharmbeck. „Wir wollen, dass der sich nicht massenhaft ausbreitet.“ Allerdings sei es schwierig, die bis zu vier Meter hohe Herkulesstaude nachhaltig zu beseitigen, so der Sachbearbeiter. Nach seinen Wor-

ten hat sich die Staude unter anderem in den Bereichen Pennigbüttel, Gut Sandbeck und Garlstedt breit gemacht.

Die Herkulesstaude hat eine rübenförmige Speicherwurzel. Nur aus dem oberen Teil, dem sogenannte Vegetationskegel, kann die Pflanze wieder austreiben. Daher ist es laut Lüße wichtig, rund 20 Zentimeter unter der Erdoberfläche die Wurzel vom Vegetationskegel abzutrennen. Der untere Teil der Wurzel verrotte dann im Boden.

Gärtnermeister Lüße verweist darauf, dass der Riesenbärenklau ein Neophyt ist. Als Neophyten, neo wie neu und phyt wie Pflanze, bezeichnet man Gewächse, die sich in Gebieten ansiedeln, in denen sie zuvor nicht heimisch waren. Nach Europa eingeschleppt wurde der Riesenbärenklau Ende des 19. Jahrhunderts als Gartenpflanze aus dem Kaukasus. Seit den 1980er-Jahren verbreitet sich die Staude auch immer stärker in Norddeutschland.

Der Grund: Brachflächen, Uferlandstreifen, Industriebrachen und nicht unmittelbar genutzten Flächen nehmen zu. Dies fördert indirekt die Zunahme ursprünglich nicht heimischer Arten. Die Vermehrung der Herkulesstaude geschieht nicht über die Wurzeln, sondern über die große Anzahl von Samen. Ausgewachsene Pflanzen können 10 000 bis 50 000 schwimmfähige Samen bilden. „Die sind unter optimalen Bedingungen acht bis zehn Jahre keimfähig“, weiß Lüße.

Vor allem Gewässer mit ihren Überschwemmungsgebieten wie zum Beispiel die Schwaneveder Beeke sowie Verkehrsanlagen bilden die Hauptverbreitungsweg. Darüber hinaus werden die Samen über Erdbewegungen, Baumaßnahmen und über den Menschen als Zielpflanze im Garten verbreitet. Auch wilde Komposthaufen und die Aussaat als Bienenweide helfen bei der Expansion. Die Pflanze



Sachbearbeiter Frieder Lüße vor einer Herkulesstaude. FOTO: CARMEN JASPERSEN

Kreistag ändert Bredbeck-Satzung

Auftragsvergabe wird zentralisiert

VON BERNHARD KOMESKER

Landkreis Osterholz. Der mit Kreistagsabgeordneten besetzte Werksausschuss für die kreiseigene Bildungsstätte Bredbeck hat einen Teil seiner Zuständigkeit an die Kreisverwaltung abgegeben. Das war den Abgeordneten von der Verwaltung und auch vom Landesrechnungshof so empfohlen worden. Die Vergabe größerer Bauaufträge liegt damit künftig allein bei der Kreisverwaltung, die das de facto bislang auch schon vorbereitet und abgewickelt hatte.

Durch die Verrechtlichung und Standardisierung der juristisch komplexen Ausschreibungsabläufe drohen nach Einschätzung der Verwaltung in immer mehr Detailfragen zunehmend Fallstricke etwa von unterlegenen Bietern. Der Landkreis habe darauf für seine Liegenschaften bereits erfolgreich mit einer zentralen Vergabestelle reagiert, die vom Rechnungshof auch als Best-Practice-Beispiel gewürdigt worden sei. Der Bredbeck-Ausschuss ist damit nicht mehr in jeden Verfahrensschritt eingebunden, was Zeit spare und zur Rechtssicherheit beitrage.

Angesichts der geplanten Sanierung und Erweiterung von Übernachtungshaus 3 sei der Zeitpunkt für die Änderung allerdings günstig, hieß es. Den Zuschlag muss nämlich ohnehin der günstigste Anbieter erhalten, sodass kein eigener politischer Beschluss dazu erfolgt. Über jede Vergabe ab 25 000 Euro unterrichtet die Verwaltung den Kreisausschuss. Einstimmig beschloss der Kreistag jetzt, die Bredbeck-Betriebsatzung entsprechend zu ändern.

ZEUGEN GESUCHT

Unfall auf Ampel-Kreuzung

Osterholz-Scharmbeck. Die Polizei sucht Zeugen, die zur Klärung eines Unfallhergangs beitragen können, der sich am Mittwoch gegen 11.30 Uhr auf der Osterholzer Straße im Kreuzungsbereich zur Pappstraße ereignet hat. Laut Polizei war eine 50-jährige Mercedes-Fahrerin in Richtung Bördestraße unterwegs, als sie auf besagter Kreuzung mit dem Wagen einer 49-jährigen VW-Fahrerin zusammenstieß, die gerade aus der Pappstraße kam. Bei dem Unfall erlitt die 50-jährige leichte Verletzungen. Der Sachschaden an den Autos beträgt rund 6000 Euro. Nach derzeitigem Stand der Ermittlungen soll die Ampel für die Mercedes-Fahrerin Rotlicht angezeigt haben. Zeugen werden gebeten, sich unter 04791/3070 bei der Polizei Osterholz zu melden. TEL

HOHER SACHSCHADEN

Brand in Garage

Landkreis Osterholz. Aus bislang unbekannter Ursache brannte es Mittwochmittag in einer Garage an der Feldhäuser Straße in Lilienthal. Die Garage und ein Nebenraum wurden stark verrußt. Die Polizei schätzt den Schaden auf mehrere Tausend Euro. TEL

CORONAVIRUS IN DER REGION

LANDKREIS OSTERHOLZ

Fälle insgesamt	122
Steigerung zum Vortag	0
Todesfälle	0
Genesene	117

Akut Erkrankte in:

Osterholz-Scharmbeck	3
Ritterhude	1
Hambergen	0
Lilienthal	0
Grasberg	0
Worswede	1
Schwanevede	0

LANDKREIS CUXHAVEN

Fälle insgesamt	376
Steigerung zum Vortag	0
Todesfälle	21
Genesene	347

QUELLEN: LANDKREIS OSTERHOLZ/STAND: 9. Juli, 14:22 UHR;
LANDKREIS CUXHAVEN/STAND: 9. Juli, 14:30 UHR
Liveticker unter [weser-kurier.de/coronablog](https://www.weser-kurier.de/coronablog)